



## **Runder Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen**

Der G7-Gipfel 1999 in Köln gab dem Impuls für einen bundesweiten Runden Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen. Die Initiativen und Gruppen der Erwerbslosen und Sozialhilfebeziehenden arbeiten zum Teil bereits seit Beginn der 80er Jahre miteinander zusammen. Im Februar 2000 trafen sich Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen auf Landes- und Bundesebene zur Gründung des Runden Tisches der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen.

Am Runden Tisch sitzen der Arbeitslosenverband Deutschland (ALV) e.V., die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) e.V., die Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung, der Koordinierungsausschuss gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, zehn Landeskoordinationen von Erwerbslosengruppen und –initiativen (z. B. verdi - Landesbezirkserwerbslosenausschüsse Hessen, Bremen/ Niedersachsen, Baden-Württemberg, der Erwerbslosenbeirat Mecklenburg-Vorpommern, Arbeitsloseninitiative Thüringen), Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen BBI e.V. und die bundesweite, unabhängige Erwerbslosenzeitung quer.

Arbeitsthemen seit dem Jahr 2000 waren:

- Vermittlungspraxis der Arbeitsämter, Lohnkostenzuschüsse zu Zeitarbeitsfirmen, Grundsatz und Erfahrungen der Leiharbeit,
- EU-Beschäftigungs- und Sozialpolitik einschließlich der Nationalen Aktionspläne gegen soziale Ausgrenzung,
- veränderte ABM-Förderung-Ost wg. neuer Förderrichtlinien des Europäischen Sozialfonds,

Die Aufrufe zu Protesten ab 1.1.2002 gegen Sozialgesetze, Agenda 2010 und Leiharbeit mündeten in der Konferenz „Strategien gegen Armut und Ausgrenzung in Deutschland“ in Dresden im März 2002. Die Dresdner Erklärung leitete die Kampagne gegen die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ein und löste folgende Aktivitäten bis zum Jahr 2003 aus:

- Protestaktion „Hände weg von der Arbeitslosenhilfe“ bei der Schröder-Rede auf dem DGB-Kongress (Mai 2002)
- Flugblatt „Alle auf die Straße gegen die Zerschlagung der Arbeitslosenhilfe“
- Aktionstag zum Tag der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen vom Vormonat (Juni 2002)
- Demo gegen Arbeitslosigkeit von DGB-Jugend/ attac (14. 9.2002) in Köln mit Kundgebung des Rundes Tisch/ Ver.Di BEA
- Verständigung zur Kommission „Zur Modernisierung von Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Jan. 2003) und zu Entscheidungen der AG Soziales zur Gemeindefinanzreform (Mai 2003), Aufruf zur Demo gegen Hartz-Vorschläge (17. 5. 2003) Berlin,
- Pressekonferenz mit Labournet Germany u. BdWi gegen die Agenda 2010 und für gemeinsamen Widerstand gegen die Privatisierung sozialer Errungenschaften (30.6.2003) Berlin.
- Initiative zu bundesweiter Demo (16.8. 2003) Hannover, Aufruf zur Demo (1.11.2003) Berlin, Unterstützung bzw. Durchführung der Aktionskonferenzen (23./ 30.11, 13.12.2003)

2004 und 2005 protestierten wir mit vielen anderen Organisationen und Netzwerken gegen Hartz IV. Es gab verschiedene Versuche des Zusammenfindens von linken und bürgerlich-linken Kräften zu gemeinsamen politischen Aktionen und zur strategischen Zusammenarbeit:

- Lokale und bundesweite Beteiligung am Aufbau von Aktionsbündnissen gegen Sozialkahl-schlag, z.B. Vorbereitung bundesweiter Proteste gegen Sozialkahl-schlag am 17./18.1.2004 (Aktionskonferenz mit attac/ IG Metall), Demonstrationen (gegen Krieg und Sozialkahl-schlag in 99 Städten der BRD am 20.3.2006, Gewerkschaftsdemos in Berlin-Köln- Stuttgart am 3.4.2004, sDemo der sozialen Initiativen am 2.10.2004 und Teilnahme/ Rede auf der vom Nürnberger Sozialforum organisierten Demo am 6.11.2004)
- Organisation und Ausgestaltung der Konferenz „Die Kosten rebellieren“ und Mitbegründung der Aktion Agenturschluss (24.6.2004)
- Mitgründung von inhaltsorientierten Netzwerken z.B. Flugblatt „Unsere Existenz ist bedroht“, Perspektivenkongreß - 3 Workshops „Bedingungsloses Grundeinkommen“ (15.5.2004), Netzwerk Grundeinkommen (9.7.2004), Aufruf „Grundrechte gelten für alle!“ (Aug. 2004), KoKreis Montagsdemo (Aug. 2004)

Der Analyse der veränderten Kampfbedingungen, der Entwicklung eines längerfristigen politischen Widerstandes sowie der Diskussion eines inhaltlich-strategischen Programms widmeten wir uns 2005. In diesem Sinne würdigt unser Impulspapier 2005 „*Weg mit Hartz IV: Für das Recht auf Existenzsicherung mit und ohne Arbeit!*“ die Anstrengungen der Erwerbslosenbewegung zum Erhalt selbsthilfeorientierter Beratungsangebote. 2005 haben wir uns hauptsächlich mit juristischem Widerstand, der Unterstützung aller Aktivitäten und Aktionen gegen Hartz IV sowie der Bildungsarbeit zu den Sozialgesetzbüchern I, II, X und XII befasst. Wir haben die öffentliche Skandalisierung von „Ein-Euro-Jobs“ mit antifaschistischem, autonomen, internationalistischen, globalisierungskritischem etc. Gruppen unterstützt. Wir begleiteten die Bildung neuer lokaler Initiativen und Kampagnen, brachten sie qualifikatorisch voran sowie motivierten sie politisch.

Im Vordergrund der Bemühungen stand die Förderung der Selbstorganisation von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten sowie die ideologische Auseinandersetzung mit neoliberalen Ansichten. Wir wollen tragfähige Kooperationen mit anderen sozialen Strukturen „von unten“ durch gegenseitige Aufeinanderbezugnahme in politischer Analyse und Aktion aufbauen. Die Koordinationen und Vereine des Runden Tisches der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen haben 2005 die punktuelle Zusammenarbeit mit neuen bundesweiten Bündnissen wie dem Aktionsbündnis Sozialproteste, dem Bündnis Montagsdemonstrationen und dem Erwerbslosenforum Deutschland aufgenommen.

Wir haben die Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen BBI e.V. hinzugewonnen, und werden von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Schuldnerberatungsinitiativen e.V. und der Linkspartei.PDS in Kassel mit Räumen unterstützt. Unsere MitstreiterInnen haben an vielen Bildungsveranstaltungen zum bedingungslosen Grundeinkommen für alle im Rahmen des Netzwerkes Grundeinkommen teilgenommen sowie Vorträge zur Gestaltung eines gesetzlichen Mindestlohns abgehalten.

Meilensteine unserer Arbeit 2005 waren:

- Mitaufruf und Beteiligung an der Aktion Agenturschluss am 3. Januar 2005
- Broschüre „Nach den Sternen greifen“ Diskussion zu einem bedingungslosen Grundeinkommen“
- Konferenz „Arbeitsdienst – wieder salonfähig!“ am 25.6.2005 in Berlin mit Broschüre,
- 3 Workshops zu „Bilanz und Perspektiven der bundesweiten Erwerbslosenbewegung“ auf dem Erfurter Sozialforum im Juli 2005
- Unterstützung und Organisation des dezentralen Aktionstages gegen Hartz IV am 5. 9. 2005
- Teilnahme an der wissenschaftlichen Konferenz „Grundeinkommen. In Freiheit tätig sein“ vom 7.-9. Oktober 2005 in Wien,
- Mitorganisation und Autorenschaft am Schwarzbuch Hartz IV im Januar 2005.

Die Bilanz von 2005 ist gekennzeichnet von beispielloser Willkür im Verwaltungsvollzug gegen erwerbsfähige Hilfebedürftige. Beispiele sind ausstehende, sich ständig ändernde und/oder rechtswidrige Leistungsbescheide, im Thema teils ungeübte Sozialgerichte, die Verfolgung von eheähnlichen Gemeinschaften, die ständige Falschanrechnung von Einkommen, die Eingliederung von 590.000 Erwerbslosen in Arbeitsdienstmaßnahmen im Jahr 2005 sowie der Beginn von Aufforderungen zur Senkung der Kosten der Unterkunft, Zwangsumzügen und Räumungen von Arbeitslosengeld II-BezieherInnen und BezieherInnen der Grundsicherung für Alte. Die Aussetzung der aufschiebenden Wirkung von Widersprüchen und Klagen hat in vielen Fällen zu einer lang andauernden, häufig nicht rückführbaren Verschuldungen von Bedürftigen geführt. Durch die Anwendung von "Ein-Euro-Jobs" wurden massenhaft sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst weiter abgebaut, Handwerksbetriebe gingen in die Insolvenz und FreiberuflerInnen und Selbständige mussten ihre Erwerbstätigkeit aufgeben, weil sie keine Aufträge der öffentlichen Hand erhielten bzw. weil die AuftraggeberInnen zahlungsunfähig wurden. Inzwischen zählt die

Bundesagentur für Arbeit 900.000 Personen in Arbeitslosengeld II, die einer „normalen“ Erwerbstätigkeit im Billiglohnbereich nachgehen.

Das Jahr 2006 steht im Spiegel der politischen Bewertung von einem Jahr Hartz IV und den Verschlechterungen der Bedingungen für Erwerbslose im Arbeitslosengeld I, die Forcierung der Beratungs- und Selbsthilfeaktivitäten, die Bildung von Erwerbslosenparlamenten, die Umstellung von Beratungsstellen auf ehrenamtliche Basis sowie die Entwicklung politischer Proteste gemeinsam mit der Interventionistischen Linken, dem Netzwerk Dissent, dem Bündnis für eine revolutionäre Perspektive, der kritischen GewerkschafterInnen, verschiedenen gewerkschaftlichen Gliederungen sowie neu gebildeten Aktionsbündnissen. Beispielweise werden in vielen Städten lokale Kollektive gegen Zwangsumzüge und Nottelefone gebildet. Die Selbstorganisation lastet allerdings überwiegend immer noch auf den Schultern von zu wenig Leuten. Schwierig wirkt sich die Vogel-Strauss-Haltung etlicher Gewerkschaften und vieler Beschäftigter aus. Wir informierten in Kenntnis der Entwürfe zum ersten Änderungsgesetz des SGB II die Bevölkerung im Vorab über den „Leinenzwang für Jugendliche“ und zum Fortentwicklungsgesetz zur Beweislastumkehr und zu Prüfungen.

Bisher ersichtliche Aktivitäten für das Jahr 2006 sind:

- 6 Tribunale gegen Armut und Elend im März und April 2006
- Soziale Aktionstage, z. B. 28.4.2006 Berlin, Kassel, 12.10.2006 Baden-Württemberg
- Auftakt zur bzw. Mitwirkung an der bundesweiten Kampagne gegen Zwangsumzüge 20.3.2006 (Berlin), 18.5.2006 (Bochum), 26.6.2006 (Köln), mehrere Termine Freiburg
- Internationale Versammlung „Die Kosten rebellieren II“, Hamburg, 29./30.4.2006 mit internationalen Seminaren zum bedingungslosen Grundeinkommen
- bundesweite Demonstration eines sozialen Aktionsbündnisses (3.6.2006) in Berlin
- bundesweite Verständigung zu „Grundeinkommen“, „Prekarität“, „Selbstorganisation“ und „aktionsfähiger Einflussnahme auf das Gesetz“ im Juni 2006
- Workshop "Erwerbslose in Bewegung" im Camp Insky in Steinhagen bei Wismar mit dem Arbeitslosenverband Mecklenburg-Vorpommern, dem Euromacharsch, der Aktion Agenturschluss u.a.
- Flugblatt "Gegen Armut, Abhängigkeit und soziale Ausgrenzung, Für ein selbstbestimmtes Leben mit individuellen Rechtsansprüchen", 18.7.2006
- Kongress „Soziale Sicherheit“, September 2006
- Inkenntnissetzung zum Sternmarsch am 16.9.2006 in Berlin
- Organisation von Aktionen sowie Teilnahme an den Gewerkschaftsdemos am 21.10.2006 in München, Stuttgart, Wiesbaden, Berlin, Dortmund
- Teilnahme von MitstreiterInnen der lokalen Erwerbsloseninitiativen und gewerkschaftlichen Erwerbslosenausschüsse am Filmfestival der Kampagne "Die Gesellschafter" an Podiumsdiskussionen zum Film "Des Wahnsinns letzter Schrei" auf Einladung der Berliner Kampagne gegen Hartz IV und zusammen mit der Kampagne gegen Zwangsumzüge,
- Unterstützung der Anti-G8-Gipelaktivitäten und der Initiativen von Euromärschen und Arbeitslosenverband Mecklenburg-Vorpommern und weiteren BündnispartnerInnen
- Großes Tribunal gegen Armut und Elend in Köln

Anne Alex

Berlin, 01.09.2006

[www.pariser-kommune.de](http://www.pariser-kommune.de)